



Die ISDS Fälle - Uniper SE vs. die Niederlande

Name des Falles:

UNIPER SE VS DIE NIEDERLANDE

Zusammenfassung:

Der deutsche Energiekonzern Uniper plant eine ISDS-Klage gegen die Niederlande, weil das Land aus der Kohleverstromung aussteigen will.

Status:

Klage in Vorbereitung (Stand Oktober 2019)

Was steht auf dem Spiel:

Steht noch nicht fest; vermutlich 800 Millionen Euro

Details:

Der Fall beruht auf dem Energiecharta-Vertrag.



Kohlekraftwerk. Foto: Pixabay.com

Worum geht's in dem Fall?

Hans Schoenmakers, CEO der Uniper Niederlande, verkündete im September 2019 in der auflagenstärksten niederländischen Tageszeitung De Telegraaf, dass das Unternehmen eine Schiedsgerichtsklage gegen den niederländischen Staat vorbereitet.

Nachdem die Niederlande am 10. Dezember 2019 den Kohleaussieg beschlossen haben ist es nur mehr eine Frage der Zeit, bis Uniper seine Klage einreicht. Dass der Konzern schon die Vorbereitung der Klage öffentlich gemacht hat lässt vermuten, dass damit der Regierungsbeschluss beeinflusst werden sollte.

Das Vorgehen des Konzerns

Uniper hat die Kanzlei Allen & Overy mit der Vorbereitung einer Schiedsklage beauftragt und damit gedroht, diese einzureichen, wenn das Gesetz über den Kohleausstieg endgültig verabschiedet wird, obwohl die niederländi-

sche Regierung den Kraftwerksbetreibern eine lange Übergangsfrist angeboten hat. Uniper SE muss den Kohlebetrieb des umstrittenen Kraftwerks Maasvlakte-3 in Rotterdam erst bis 2030 einstellen und hätte zudem die Möglichkeit, es auf andere Brennstoffe, beispielsweise Biomasse, umzurüsten, so Eric Wiebes, der niederländische Minister für Wirtschaft und Klimapolitik.

Doch Uniper ist das nicht genug. Der Konzern argumentiert, eine Umrüstung des Kraftwerks sei unrentabler als seine Schließung. Wenn das Kraftwerk aber 2030 geschlossen werden muss, obwohl ein Betrieb bis 2052 geplant war, sei dies, so Uniper, eine Enteignung, für die der Konzern Entschädigung einklagen will.

Die von Uniper SE mit der Klagevorbereitung beauftragte Kanzlei Allen & Overy ist eine der einflussreichsten und umsatzstärksten Rechtsanwaltskanzleien weltweit.

Sie hat ihren Hauptsitz in London, Büros in 32 Ländern weltweit und etwa 5000 Mitarbeiter*innen, davon 2.700 Rechtsanwält*innen. Allen & Overy vertritt in erster Linie Konzerne und Finanzinstitutionen. Die Beauftragung dieser Kanzlei wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die „Schiedsgerichtsindustrie“, in der weltweit agierende Konzerne und mächtige Anwaltskanzleien als „Schiedsrichter“ hohe Summen auf Kosten von Staaten und Zivilgesellschaft erstreiten.

Der Energiecharta-Vertrag

Insgesamt sind 121 Fälle von ISDS-Klagen auf Grundlage des Energiecharta-Vertrags bekannt (Stand: Juni 2018). Da viele Schiedsverfahren aber unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Medien ausgetragen werden, liegt die Dunkelziffer der Verfahren vermutlich weit höher. In 67% der Fälle klagen Investoren aus der EU andere EU-Länder und umgehen so den europäischen Rechtsweg.

Unser Urteil

Uniper SE droht mit einer millionenschweren Schiedsgerichtsklage gegen den niederländischen Staat, um Regierung und Parlament vom Kohleausstieg abzubringen. Damit torpediert der Konzern das 2018 aus-

gehandelte, auf einem breiten Konsens beruhende Maßnahmenpaket zum Klimaschutz, mit dem die Niederlande bis 2050 eine CO₂-neutrale Stromerzeugung durchsetzen wollen.

Wie jedes andere Kohlekraftwerk ist Maasvlakte-3 unvereinbar mit dem Kampf gegen die Klimakrise. Fossile Brennstoffe müssen im Boden bleiben, wenn wir eine Chance haben wollen, unsere Emissionen zu reduzieren.

Staaten und ihre demokratisch gewählten Regierungen müssen dazu imstande sein, Klima- und Umweltschutz durchzusetzen und langfristige Gefahren für die Bevölkerung zu unterbinden, ohne dass sie der Erpressung durch Konzerne ausgesetzt sind.

DIE KAMPAGNE ZUM FALL: RECHTE FÜR MENSCHEN, REGELN FÜR KONZERNE - STOPP ISDS

Ziel der europaweiten Kampagne „Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne - Stopp ISDS“ ist, die schädlichen Sonderklagerechte für Konzerne endgültig abzuschaffen. Ein breites Bündnis von Organisationen und sozialen Bewegungen trägt die Kampagne in Österreich. Attac beteiligt sich im Rahmen der Plattform *Anders Handeln*.

attac.at/stopp-isds
stopisds.org

Verbindlicher Vertrag zur Konzernregulierung

Bei den Vereinten Nationen laufen derzeit Verhandlungen für einen rechtsverbindlichen UN-Vertrag für transnationale Unternehmen. Verlaufen die UN-Verhandlungen für den „Binding Treaty“ erfolgreich, können transnationale Konzerne endlich zur Verantwortung gezogen werden.

Im Moment ermöglichen ISDS und private Schiedsgerichte, dass Unternehmen ihre investitionsrechtlichen Privilegien in Ländern auf der ganzen Welt durchzusetzen. Umgekehrt besteht jedoch keinerlei Möglichkeit, die Verpflichtungen von Unternehmen völkerrechtlich durchzusetzen. Oft entziehen sich multinationale Unternehmen der Verantwortung für Handlungen außerhalb der Länder, in denen sie ihren Sitz haben.

Das Verfahren des **Investor-State Dispute Settlement (ISDS)** und die dafür notwendigen privaten Schiedsgerichte geben Unternehmen weitreichende Privilegien - und den Zugang zu einem eigenen Rechtssystem, nur um diese durchzusetzen. Das bedroht Demokratie und Umwelt - **ISDS muss gestoppt werden!**

%attac

